

# Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

## Trilaterale Sicherheitspartnerschaft

Nach dem Ende der vormaligen Annäherung zu China durch die 2018 gewählte Regierung von Präsident Ibu Solih finden die Malediven eine neue außenpolitische Rolle in einer Trilateralen Sicherheitspartnerschaft mit Indien und Sri Lanka. Wenngleich innenpolitisch der Streit mit islamkonservativen, China orientierten Kräften längst nicht beendet ist. Diese bevorzugen eine zentralistische Regierungsführung mit präsidialautoritärem Führungsstil.

## Außenpolitik zu Indien

Bei der Präsidentenwahl im September 2018 haben die Wähler/-innen auch die außenpolitische Orientierung gewählt, und die heißt eindeutig Indien. Der ehemalige Präsident Mohamed Nasheed (2008-2012), jetziger Parlamentspräsident, hatte sich stark für die außenpolitische Kehrtwende ausgesprochen. Er sagte am 29. Februar, Indien habe die Malediven trotz der riesigen Unterschiede in der Größe von Land und Bevölkerung immer als gleichwertigen Partner behandelt. Der maledivische Außenminister Abdullah Shahid hatte im Januar New-Delhi besucht und dort in Interviews die Malediven als einen Verbündeten Indiens bezeichnet. Beide würden die gleichen Sicherheits- und Stabilitätsinteressen im Indischen Ozean verfolgen. Er fügte hinzu, dass die Malediven allerdings auch nicht an einer Großmächterivalität zwischen Indien und China im Indischen Ozean interessiert sein könnten. Man wünsche sich eine effektive Zusammenarbeit mit Sri Lanka und Indien, um den regionalen Drogenhandel und den internationalen Terrorismus zu unterbinden. Die Malediven fürchten, sie könnten, wie Sri Lanka, zum Opfer von Terroranschlägen werden.

Am 8. Februar traf sich die Botschafterin der Malediven in Indien, Aishath Mohamed Didi (seit 9. Februar Gender-Ministerin), in Neu-Delhi mit der Nummer Zwei der indischen Außenpolitik, dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten (*Foreign Secretary*) Harsh Vardhan Shringla. Dieser war voll des Lobes über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen der letzten 14 Monate, seit Präsident Ibu Solih die maledivische Regierung führt. Außerdem betonte er den speziellen Platz, den die Malediven in der Nachbarschaftspolitik Indiens einnehmen. Die maledivische Botschafterin lobte ihrerseits den häufigen

Austausch auf der Führungsebene der Länder und die rasche Implementierung von vereinbarten Kommunikations- und Infrastrukturprojekten.

## Diplomatie in Sachen Kaschmir

Außenminister Abdulla Shahid zeigte sich bei seinem Besuch in Delhi sehr diplomatisch in Bezug auf die Kaschmir-Politik Indiens. Die UN und die EU hatten Indien dafür kritisiert, den Sonderstatus Kaschmirs (Artikel 370) aufgehoben, Kaschmir in die Indische Union eingliedert und die Selbstbestimmung Kaschmirs über Land, Regierung, Verwaltung, Polizei und Ressourcen beendet zu haben. Außerdem kann der maledivischen Regierung die wachsende Muslim- und insbesondere Pakistan-Feindlichkeit der indischen Regierung nicht entgangen sein. Außenminister Abdulla sagte jedoch zum Thema Kaschmir bei seinem Besuch, die Aufhebung des Artikels 370 sei ausschließlich eine innere Angelegenheit Indiens, die im Rahmen der indischen Verfassung umgesetzt worden sei. Kein Land habe das Recht, sich in diese Politik einzumischen. Die Malediven seien im Übrigen das erste Land, das Indien zu dieser Entscheidung gratulierte.

## Mitglied im Commonwealth

Seit 1. Februar 2020 sind die Malediven wieder als Mitglied in das Commonwealth aufgenommen worden. Der vorige Präsident Abdulla Yameen hatte den Verbund 2016 verlassen. Dass die Wiederaufnahme so rasch zustande kam, war den guten diplomatischen Beziehungen Indiens zu verdanken. Yameen hatte sich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes durch das Commonwealth verbeten. Das Commonwealth hatte ein Ende der Menschenrechtsverletzungen und eine demokratische Politik von der maledivischen Regierung verlangt. Vom Wiedereintritt verspricht sich die Regierung der Malediven eine bessere Möglichkeit, ihre Anliegen auf größeren politischen Foren ansprechen zu können. Ferner sollen die jungen Leute im Lande Chancen auf Teilnahme an den Bildungs- und Sportprogrammen des Commonwealth haben.

## Maritime Sicherheit mit Sri Lanka

Anfang Februar besuchte der Premierminister Mahinda Rajapaksa aus Sri Lanka Neu-Delhi. Die

maritime Sicherheit im Indischen Ozean stand im Zentrum. Das hat mit den Malediven insofern zu tun, als die Malediven, Sri Lanka und Indien bereits 2011 in Male eine trilaterale maritime Sicherheitspartnerschaft gegründet hatten. Dabei ging es hauptsächlich um maritime Fernaufklärung. Wegen der Verschlechterung der Beziehungen der Länder nach 2014 war die Kooperation zum Erliegen gekommen. Noch bei ihrem Treffen in Colombo 2013 hatten die drei Länder sich auf ein Programm geeinigt, das sie in den Folgejahren realisieren wollten. Der Besuch von Sri Lankas Premier sollte diese Sicherheitspartnerschaft wieder beleben. Dabei handelt es sich um Initiativen zur maritimen Fernaufklärung, etwa durch den Zugang zu Kontrollsystemen der *International Maritime Organization* (IMO), um die Fernidentifikation und -verfolgung von Schiffen sowie die erforderliche Ausbildung dazu, um Such- und Rettungsoperationen, Eindämmung von maritimer Ölverschmutzung, Piraterie und anderes mehr.

### Sicherheit und Souveränität

Ende Februar besprachen der maledivische Innenminister Sheikh Imran Abdulla und sein Amtskollege Amit Shah in Neu-Delhi Fragen der regionalen und nationalen Sicherheit. Dies betraf die polizeiliche Zusammenarbeit der beiden Länder, Maßnahmen zur Verhinderung der Radikalisierung von Menschen und zur Terrorismusbekämpfung, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels sowie Kompetenzschulungen. Die Delegation von Sheikh Imran Abdulla besuchte danach indische Einrichtungen zur Terrorismus- und Drogenbekämpfung: so die *National Investigation Agency*, das *Narcotics Control Bureau*, das *Central Bureau of Investigation*, die *National Police Academy* in Hyderabad und eine Universität für forensische Angelegenheiten in Gujarat.

### Tourismus und gesellschaftliche Werte

Mehr Sicherheit im Indischen Ozean und Unterstützung bei wichtigen Staatsaufgaben wie Polizei, Militär, Infrastruktur und Finanzen haben für die Malediven einen Preis, zu entrichten in der Währung Abhängigkeit und Einschränkung der Souveränität. Dazu gehören auch Aspekte des Tourismus. Laut Verfassung sind die Malediven ein muslimisches Land. Die weniger als 400.000 Einwohner/-innen sind zu 100 Prozent Muslime, viele sehr konservativ orientiert. Der wichtigste Wirtschaftszweig ist der

teure Resort-Tourismus, und der leitet unter anderem westliche Kultureinflüsse ins Land, die nicht unbedingt erwünscht sind. Dies betrifft vor allem die liberale Bade- und Körperkultur und der Genuss von Alkohol, was immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der lokalen Bevölkerung und der Polizei führt. So wurde eine junge Engländerin drei Tage lang aufgrund einer Anzeige wegen Unsittlichkeit eingesperrt. Das Tourismusministerium entschuldigte sich aufs Nachdrücklichste bei der Frau, der amtswaltende Lokalpolizist wurde versetzt. Es ist für die Bevölkerung nicht selbstverständlich, dass das Land sein Einkommen zu wesentlichen Teilen durch die Unterstützung libertärer Lebensstile verdient, die das konservative Islam-Ideal verabscheut. Allerdings hat bisher keine politische Partei an diesem zentralen Standbein der maledivischen Wirtschaft rütteln wollen.

### Lokalratswahlen

Den Ausbruch der Corona-Infizierung haben die Oppositionsparteien und Teile der regierenden *Maldives Democratic Party* (MDP) zum Anlass genommen, von der Wahlkommission des Landes eine Verschiebung der für den 4. April geplanten nationalen Lokalratswahlen zu verlangen. Bisher zeigen sich führende Parteimitglieder der MDP aber nicht davon überzeugt, dass die Eindämmung des Virus durch die Verschiebung der Wahl unterstützt werden könnte. Sie erhoffen sich von der anstehenden Wahl, möglichst viele Lokalratsmitglieder der Oppositionsparteien durch Kandidat(inn)en der MDP ersetzen zu können. Dadurch sollen die geplanten Projekte realisiert werden können, die von der Opposition bisher blockiert werden. Die MDP hat auf der nationalen Ebene mit ihrer parlamentarischen Mehrheit eine Quote von 30 Prozent Frauen für die Lokalratswahlen durchgesetzt. Das politische Ziel der MDP ist, auf allen drei Ebenen des Staates – Präsidentschaft, Parlament und Lokalräte – die Führung zu übernehmen. Es fehlt jetzt noch die lokale Entscheidungsebene.

### Dezentralisierungspolitik

Innenpolitisch geht der Streit der Parteien auch um die Dezentralisierungspolitik der neuen Regierung. Sie strebt eine Umkehrung der Zentralisierungspolitik der alten Regierung an. Letztere wollte 70 Prozent der maledivischen Bevölkerung im Großraum Male konzentrieren. Die jetzige Regierung führt derzeit eine soziale Medienkampagne durch, in der sie die ersten Erfolge der Dezentralisierungspolitik hervor-

hebt. Auf Twitter werden die Fotos von Hafens-, Küstenschutz-, Energiegewinnungs-, Sportanlagen- und Schulbauprojekten veröffentlicht. Bereits 2019 wurde ein Programm erstellt, um auf 17 Inseln wieder zusätzliches Land zu gewinnen sowie 50 Häfen zu bauen oder zu erweitern.

### Schädigung der Riffe

Eine Veröffentlichung der Fachpublikation *Nature* kommt dabei ungelegen. Die Forscher/-innen belegen in einer Studie zu 608 Inseln, die den Zeitraum von 2006 bis 2016 untersuchte, dass der Schutz, den das Ökosystem der Riffe den Inseln bietet, absolut überlebensnotwendig ist. Die Bedeutung bezieht sich vor allem auf das Abpuffern der Wellenkräfte und die Bildung von Sediment für den weiteren natürlichen Aufbau der Inseln mit Blick auf die Erhöhung des Meeresspiegels. Die Forscher/-innen fanden heraus, dass der menschliche Entwicklungsdrang bereits über 20 Prozent der Insel-Ökosysteme (Riffe, Ufer und Strände) fast unumkehrbar geschädigt hat, etwa durch das Ausbaggern für Erosionsschutz, Landgewinnung und den Bau von Häfen. Sollte die Schädigung der Riff-Ökologie so weitergehen, würden weitere 46 Prozent der Insel-Ökosysteme in den nächsten Jahren unumkehrbar geschädigt sein (*Tipping Point*). Bei den bereits stark geschädigten Riffsystemen wird versucht, sie künstlich zu befestigen. Das führt aber wiederum dazu, dass Landmasse unter den Meeresspiegel zu liegen kommt, Seewasser auf landwirtschaftliche Flächen dringt und den Anbau unmöglich macht. Süßwasser aus Brunnen wird versalzen. Die Forscher schlagen deshalb vor, bei allen Baumaßnahmen an den Inseln die natürlichen Funktionen und Wirkungsweisen der Riffe sorgfältig zu studieren und zu bewahren.

### Anti-Korruption oder parteipolitische Ranküne?

Der Kampf zwischen Regierung und Opposition zeigt sich auch in Staatsbetrieben. Die frühere Regierungspartei *Progressive Party of the Maldives* (PPM) beschwert sich, dass ihre Anhänger vermehrt aus Staatsbetrieben entlassen werden, insbesondere aus der Elektrizitätsgesellschaft *Fenaka Cooperation*. Diese weist die Vorwürfe zurück und verweist darauf, dass Entlassungen nur vorgenommen worden seien, wenn eine Vernachlässigung der Aufgaben oder eine missbräuchliche Verwendung von Eigentum der Firma vorgelegen hätte. Ebenso sitzt der frühere Präsident Abdulla Yameen weiterhin in Untersuchungs-

haft im Zusammenhang mit einer Anklage wegen Geldwäsche. 75 weitere Anklagen könnten folgen. Allerdings tut sich die Staatsanwaltschaft offenbar schwer, die für viele offensichtlich scheinenden Verbrechen des ehemaligen Staatschefs in einer verfahrenstechnisch sauberen Weise dem Gericht für eine Urteilsfindung vorzulegen. Mit einem Langzeitverfahren ist zu rechnen.

### Medienpolitik

Aus offiziell nicht bekannt gewordenen Gründen hat die Online-Tageszeitung *Maldives Independent*, die in englischer Sprache erscheint, am 31. Januar 2020 ihre Arbeit eingestellt. Außer der *Maldives Independent* gibt es nur noch die Online-Tageszeitung *Sun* in englischer Sprache. Selbst während der für kritische Medien außerordentlich schwierigen Zeit der Regierung Abdulla Yameen gelang es den damaligen Machhabern nicht, trotz Bombenanschlägen und Gerichtsverfahren die *Maldives Independent* (früher *Minivan News*) mundtot zu machen. Daher irritierte die erklärungslose Einstellung (*Bye for Now!*). Die Arbeitsbedingungen für Medien haben sich unter der neuen Regierung von Grund auf verbessert. Allerdings könnten die Probleme einfach finanzieller Natur sein. Die regelmäßig in der Zeitschrift SÜDASIEN veröffentlichten Kurznachrichten zu den Malediven haben jedenfalls sehr von der professionellen Berichterstattung der *Maldives Independent* profitiert [das ist wohl wahr, Anm. d. Red.].

### Mindestlöhne

Das Thema Mindestlohn für ausländische Arbeitnehmer/-innen ist prominent geworden. Der Beirat des Finanzministeriums für Gehälter und Einkommen legte kürzlich einen Bericht zur Frage der Höhe der Mindestlöhne ausländischer Arbeitnehmer/-innen vor. Das sind rund 120.000 Menschen hauptsächlich aus Bangladesch, die in der Regel in der Bauwirtschaft und im Tourismus tätig sind. Der Bericht empfiehlt, deren Mindestlöhne an die der maledivischen Arbeitnehmer/-innen in Höhe von 6.400 MVR (Maledivische *Ruffiyaa*, rund 413 US-Dollar) in einer Übergangsperiode von zwei Jahren anzugleichen. Ziel ist es, die Diskriminierung zu beenden und allen Arbeitenden den Schutz des maledivischen Mindestlohnsystems ausgedeiht zu lassen. Dagegen regt sich der Widerstand von Wirtschaftsminister Fayyaz Ismail. Er ist der Ansicht, die maledivische Wirtschaft könne sich diese Erhöhung der Mindestlöhne für die ausländischen Arbeiter/-innen

nicht leisten. Diese Maßnahme würde die Auslandsüberweisungen des Staates um 270 Millionen auf 800 Millionen US-Dollar erhöhen. Über die Bauindustrie würden die höheren Mindestlöhne auf höhere Bau- und Wohnungspreise durchschlagen und hätten keinerlei Effekt auf maledivische Arbeitskräfte, die sich nicht in ausreichender Zahl für Jobs auf dem Bau interessieren. Das Parlament befindet nun über den Bericht. Der Wirtschaftsminister will sich seine Entscheidung in dieser Frage vorbehalten, aber warten, bis er die Meinung des Parlaments kennt.

### Gesellschafts- und Sozialpolitik

Ende Dezember 2019 teilte die Polizei mit, es gäbe 1400 Extremisten auf den Malediven, die nicht zögern würden, im Namen des Islam zu töten. 423 davon versuchten, in die syrische Kriegszone zu gelangen, um sich dem IS (Islamischer Staat) anzuschließen, 173 gelang es. Laut Polizeiführung seien ferner Hunderte lokaler Extremisten nach Pakistan und Afghanistan gereist, bereits vor dem Syrienkrieg, wovon viele bei ihrer Rückkehr radikal-islamische Ideologien verbreiteten. So sei eine erhöhte Wachsamkeit erforderlich, und deswegen führe die Polizei Durchsuchungen auf verschiedenen Inseln durch. Die Predigerlizenzen von drei Mullahs wurden vom Religionsministerium eingezogen. Sie werden beschuldigt, den Terrorismus zu unterstützen, Hass zu verbreiten, zu inhumanen und entwürdigenden Aktionen zu ermutigen und den Bürgerkrieg in anderen Ländern zu fördern. Die polizeiliche Operation richtete sich auch gegen Hardliner, die Frauen und Kindern Bildung, medizinische Behandlung und Impfungen verweigern. Eine vergewaltigte 13-Jährige wurde in staatliche Obhut genommen. Um die gleiche Zeit wurde dem aus Indien stammenden Hassprediger Zakir Naik, der von Malaysia aus in die Malediven reisen wollte, das Einreisevisum verweigert.

### Sexueller Missbrauch

Nachdem die Medien wieder über solche Fragen berichten können, werden langjährige Fälle von gravierendem sexuellen Missbrauch bekannt. Auf der Insel G.A Kanduhulhudhoo übt ein Patriarch und Landbesitzer offenbar seit Jahren ein schreckliches Missbrauchsregime gegen Mädchen und Kinder der Inselfamilien aus. Bereits 40 Prozent der lokalen Bevölkerung haben die Insel verlassen. Die lokale Polizei und der Inselrat werden von dessen Familie beherrscht, sodass bis dato keine Anzeigen der Verbrechen aufgenommen und verfolgt wur-

den. Die Inselbewohner setzen nun ihre Hoffnung auf die Presseberichterstattung und eine stärkere Präsenz des Gender-Ministeriums auf der Insel. Am 8. März 2019, bei einer Wahlkampfveranstaltung zum internationalen Frauentag, versprach Präsident Solih bis 2022 die Einrichtung von Frauenhäusern für die Opfer von häuslicher Gewalt sowie einen Fonds, um ihren Schutz sicherzustellen. Häusliche Gewalt sei ein ernstes Problem auf den Malediven, gegen das zwar schon viel unternommen werde, aber man wolle versuchen, die Gewalt unter anderem auch durch die Einrichtung einer Hotline weiter einzudämmen.

### Weibliche Genitalbeschneidung

Die Online-Zeitung *Maledives Independent* hatte immer wieder provokative Beiträge zu gesellschaftspolitischen Fragen veröffentlicht. Am 25. Januar 2020 veröffentlichte sie den Facebook-Beitrag eines in den Malediven offenbar sehr bekannten Imams zur Frage der weiblichen Genitalbeschneidung. Der Beitrag ist in der Form eines islamischen Rechtskommentars gehalten und enthält drei Meinungen des Geistlichen zu der Frage, zu denen er aufgrund einer Exegese der *Hadiths*, der *Fitra* sowie der Kommentare verschiedener islamischer Rechtsgelehrter und des saudischen Fatwa Komitees gelangte. Alle drei Meinungen kommen zu dem Schluss, dass sowohl die Beschneidung der Männer als auch die der Frauen in den religiösen Texten belegt und daher *Sunnat*, das heißt zum muslimischen Lebensideal gehörig sind. Einzig das saudische Fatwa-Komitee ist der Ansicht, die männliche Beschneidung sei obligatorisch, die weibliche dagegen empfohlen. Dieser Beitrag wurde in der Online-Zeitung ohne Kommentar veröffentlicht. Es lässt sich daher nichts darüber sagen, inwiefern die weibliche Genitalbeschneidung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit in den Malediven gehört.

### Coronavirus

Das Coronavirus hat auch die Malediven erfasst. Die ersten Fälle wurden auf dem Kuredu Insel-Resort bekannt, nachdem ein von den Malediven heimgekehrter Tourist in Italien ins Krankenhaus musste. Bisher (Sachstand 12.3.) wird von acht Fällen auf der Insel berichtet. Sie alle wurden zusammen mit 699 Tourist(inn)en und Mitarbeiter(inne)n unter Quarantäne gestellt. Der nach Italien heimgekehrte Tourist hatte sich zwei Tage auf Male aufgehalten, wo er mit 175 Menschen Kontakt gehabt haben soll.